Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

28.09.1931 (Nr. 114)

Visual Library

Einzelpreis 15 Pfg.

LMZ

Montag, 28. September 1931 Nr. 114

Briand und Laval in Berlin

Jungstahlhelmer ermordet

SA-Aufmarsch in Lemwerder

Die Not der bremischen Polizeibeamten

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen Herausgeber: Kurt Thiele Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Bahnhofstraße 26. Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domsheide 25878

Die BMZ erscheint jeden Werktag u. kostet RM 1.90 frei Haus, durch die Post zuzüglich 36 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot, Aussperrung usw hat der Bezieher keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises

Anzeigenberechnung: hiesige die 10 gesp. Nonp.-Zeile RM 0,25, auswärts RM 0.30, im Textteil die 3gespaltene Textzeile RM 1.— auswärts RM 1.25. Stellengesuche u. Familien-Anzeigen RM 0.10 Kleine Anzeigen RM 0,15. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit

Sieg in Hamburg!

Die NSDAP gewinnt 60 000 Stimmen und 40 Mandate!

Vorläufiges Wahlergebnis:

Parteien	Bürgerschaftsw. 27. 9. 31		Bürgerschaftsw. 19. 2. 28		Reichstagsw. 14. 9. 30
	Stimmen	Mandate	Stimmen	Mandate	Stimmen
NSDAP	202 465	43	14 760	3	144 684
SPD	214 509	46	246 685	60	240 984
KPD	168 618	35	114 257	27	135 279
DNVP	43 269	9	94 048	22	31 376
Staatspartei	67 038	14	87 553	21	64 129
DVP	36 920	7	85 507	20	69 145
Wirtschaftspartei	11 323	2	20 136	4	16 910
Zentrum	10 497	2	9 402	2	10 980
Christl. Soz. Vd.	10 874	2	706	1	11 968
Wahlberechtigte	926 000		876 371		914 284
abgegebene Stimmen	780 699		691 966		759 405
Wahlbeteiligung	84 v. H.		78,96 v. H.		83,1 v. H.

Kampf und Leistung

Von unserem nach Hamburg entsandten -quen-Redaktionsmitglied.

Helle Sonne steht über Hamburg. Kaum merkt man hier im Zentrum etwas von der Wahl. Nur in den Nebenstraßen, vor den Wahllokalen stehen sie Schlange, den letzten Mann, die letzte Frau, treibt die bittere Not an die Urne. **„Werde politisch oder stirb"**, das alte Goebbels-Wort, es wird hier bitterste Wahrheit.

Schon gegen 11 Uhr haben über die Hälfte aller Wahlberechtigten ihre Stimmzettel abgegeben.

Dies ist der erbitterste Wahlkampf, der jemals in Deutschland geführt wurde. Unheimlich die Anforderungen an Mensch und Organisation. Es geht um den Bolschewismus oder um das Dritte Reich, alles andere kommt nicht mehr in Frage, alles andere steht nur noch in der Verteidigung, sucht zu retten, was eben noch zu retten ist.

Die SPD. überschlägt sich fast vor Propaganda. Der große Warburg von der Staatspartei machte ein Preisausschreiben für ein Volks- und Staatsparteiplakat, riesige Summen steckten die Herrschaften in den Kampf. Dicke Broschüren mit dem gemeinsten Dreck gegen die NSDAP. und ihre Führer werden verteilt. In Ermangelung von Young-Do oder Uehnlichem zahlt man auch ganz anständigen Trägerlohn dafür. Senatoren als Spitzenkandidaten der alten Parteien, sie drohen und werben, alles umsonst. Terror und Blut in den Vorstädten. Kommune stürmt ein SA.-Heim, Straßenschlacht zwischen Reichsbanner und Kommune, Reichsbanner schießt Schrot auf SA., so geht es in einem fort. Zwischen rechts und links tobt dieser Kampf, alles andere wird zerbrechen.

Vier Wochen dauert er nun. In täglich über 7 Versammlungen stehen SA. und unsere Redner. Ein endloser Zustrom von neuen Kämpfern setzte ein. Dann kam Adolf Hitler. Hamburg erstarrte in diesem Höhepunkt, und der Jubel der 16 000, die den Führer hören durften, der Glaube, die Hoffnung der 60 000, die wieder umkehren mußten, weil es in Hamburg keine Säle mehr für uns gibt, das alles ist heute Anstoß zu einer riesigen, herrlichen Lawine geworden.

Man nennt mir Zahlen von Organisation und Partei. Bewundernd stehe ich vor einer unermeßlichen Leistung und deren Erfolg. **Das war der überwältigendste Eindruck in Hamburg: Kampf und Leistung — — Nationalsozialismus!**

Unsere Hamburger haben ihre Pflicht getan, mehr noch, sie haben alles Bisherige übertroffen, als leuchtendes Vorbild und großes Beispiel für all die Lauen und Schwachen, für all die Zweifler und Zauderer.

Hamburg voran! In 8 großen Märschen und Fackelzügen durch die roten Nistplätze von Groß-Hamburg, hat die SA. gezeigt, wo der Arbeiter der Stirn und der Faust marschiert, hat auch das Verbrechertum getobt und gewütet, 8 Mal bewies SA., daß die Straße **nun uns** gehört. Heil Dir Hamburger SA.

Wir kamen mit einem NSKK.-Wagen durch die roten Hochburgen. Barmbeck, Rotenburgsort, Hammerbrook, Neustadt, St. Pauli und Eimsbüttel. Wer nicht hier mit eigenen Augen alles das sehen konnte, der kann sich auch kein Bild machen von jenem Eindruck, den ich mitnahm.

Ein Meer von Rot in allen Schattierungen. Reichsbannerfetzen, blutigrote Transparente, bedeckten straßenlang die Häuserfronten. Fahnen, Lappen, Wimpel und Papiere flattern aus den Fenstern. Vor den Kellern und Kneipen stehen dunkle Gestalten, Menschen ohne Heimat und Volk, von den Dächern, von den Zäunen schreit es: rot, blutrot!

Und in diesem Sumpf und Morast, hier steht die Partei, hier leuchtet das Hakenkreuz und hier kämpft die SA. ihren stillen harten Kampf, um Deutschland, um uns, Tag für Tag. Es gibt wohl keinen Ort in Deutschland, an dem der Kampf härter sein kann als hier, ungesehenes, stilles Heldentum.

An einem Sturm-Lokal halten wir. Unten im Keller sitzen Männer aus jenen Straßen und Plätzen. SA. und SS. Tag und Nacht Dienst, kein Schlaf, keine Ruhe, jetzt singen sie, plaudern und spielen Und in allen Augen leuchtet eine feste Zuversicht: Wir habens geschafft!

Draußen im Hafen, auf den Werften, in den Schiffen arbeitet Marinesturm, Marinekorps, prächtige, fixe Jungens. Es bleibt kein Fleck verschont, kein Ort, keine Gelegenheit, wo nicht die 7 auftaucht, Liste 7, Nationalsozialisten.

Weiter gehts in den Nachmittag. Ein dünner, grauer Regenschleier legt sich über die dämmrige Stadt. Hamburger Wetter. Naß und schmutzig hängen die Fahnen im feuchten Dunst. Vor den Wahllokalen wird es stiller, es kommen nur noch ganz wenige Nachzügler.

Dann ist es 6 Uhr! — Die Würfel sind gefallen. Wir haben 60 000 Stimmen gewonnen, sind die zweitstärkste Partei geworden und haben den Marxisten eine schwere Niederlage beigebracht. Das nächste Mal wird Hamburg unser!

Neue Aufgaben

Das politische Ergebnis der Hamburger Wahl ist ein neuer überwältigender Sieg der nationalsozialistischen Weltanschauung, demgegenüber es gleichgültig bleibt, ob man mit dem Rechenstift keine Regierungsmehrheit herausrechnen kann. Die so übergescheiten Leute von der „Bremer Volkszeitung" hatten noch am Sonnabend als bombensicher mitgeteilt, daß die Nazi-welle nach allen Beobachtungen den Stand vom September 1930 nicht wieder erreichen wird. Nun, wir haben uns um fast 50 Prozent vermehrt, d. h. wir haben 60 000 Stimmen gewonnen, wir haben 40 Mandate gewonnen, wir haben den Vorsprung der SPD., der noch im September 100 000 Stimmen betrug bis auf 12 000 eingeholt. Vielleicht begreifen jetzt alle Schwätzer und Miesmacher, daß der Siegeslauf der nationalsozialistischen Bewegung sich auch nicht gegen ein rotes Hamburg aufhalten läßt, das Festung auf Festung von uns eingenommen wird, während die SPD. in allen Fugen krachend ebenso unaufhaltsamem Verfall entgegengeht.

Noch ist Hamburg rot, blutig rot, denn Kommunisten und Sozialdemokraten halten mit 81 Sitzen die absolute Mehrheit. Diese Tatsache schreckt uns aber nicht, denn wir kennen den maßlosen Gesinnungsterror, kennen die Hetze und Lügenschlammflut, die sich gegen uns richtet und kennen auch die Disziplin der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft. Aber der einst so stolze Bau hat nun auch in Hamburg seinen entscheidenden Stoß bekommen und es werden sich bald Zehntausende finden, die das sinkende Schiff der Marxisten verlassen und sich in die braune Front einreihen. Schon jetzt ist es der Arbeit unserer Betriebszellen gelungen, in die marxistische Front einzubrechen, denn von den 14 Mandaten, die die SPD. verliert, fallen 6 an uns und 8 an die KPD. Unser Sieg von gestern ist kein gewonnenes Vorpostengefecht, sondern der Zusammenbruch der feindlichen Front, der sich erst in der folgenden Zeit auswirken wird.

Wir Nationalsozialisten haben noch nach keinem Wahlsonntag unsere Kampfarbeit ruhen lassen und so ist auch in Hamburg schon heute unser Werbefeldzug von neuem aufgenommen worden. Aber jetzt wird die Arbeit leichter sein, jetzt wird wieder unzähligen Volksgenossen, die noch gestern im marxistischen Lager standen, der Glaube an ein neues und besseres Deutschland aufgehen, das nicht von der verjudeten Bonzokratie der SPD., sondern von unseren braunen Jungens erstritten wird. Der Hamburger Wahltag ist somit für unsere Bewegung wieder nur eine Etappe auf unserm Weg, auf dem wir unbeirrbar unserem Ziel entgegenstürmen.

-art.

Kriegszustand in Berlin

Schupo, Schufo und die bestochene Friedensgesellschaft begrüßen Briand

Laval und Briand sind am Sonntagmorgen in Berlin eingetroffen. Auf dem Bahnhof Friedrichstraße wurden sie vom Reichskanzler und Reichsaußenminister begrüßt. Bereits um 7 Uhr hatte die Polizei die nötigen Vorbereitungen zum Empfang getroffen. Die Bürgersteige wurden mit **Stricken abgeseilt** und fünfmalige Kontrolle sorgte dafür, daß nur systemtreues Publikum auf ganz besondere Ausweise zugelassen wurde. Größtenteils Reichsbananen, getarnt in bürgerlicher Kleidung besuchten die nötige Stimmung zu machen. Der ganze Empfang war bestellte Arbeit.

Die Sprechchöre des Reichsbanners und der Deutschen Friedensgesellschaft erhielten ihr Zeichen. Das Gebrüll begann. Man rief: „Nie wieder Krieg!" und in leidlich gutem Französisch, woran man offenbar tagelang geübt hat: „Vive la Pair!" Laval und Briand waren zunächst etwas erstaunt. Sie wurden dann möglichst schnell in die Wagen gesetzt und unter Begleitung der Schutzpolizei ins Hotel Adlon gefahren.

Bis dahin hatte es einigermaßen geklappt. Als aber Brüning und Curtius mit den Gästen die Wagen bestiegen, begrüßte das „Publikum" die Mitglieder dieses angeblich sozialistenfreien Kabinetts mit einem dreifachen kräftigen „Frei Heil". Nach 10 Minuten war der Platz vor dem Bahnhof wieder leer. Reichsbannerkolonnen hatten nur noch den Dienst vor dem Hotel Adlon, vor dem sich Herr Briand und Laval die „Menschenmassen" denken mußte.

Im Laufe des Tages wurden das übliche Frühstück und diverse Festessen, mit Trinksprüchen gespickt, eingenommen. Der einzige, der bei dem ganzen Verständigungsrummel einen klaren Kopf behalten hat, ist anscheinend Herr Laval, denn er warnte vor unberechtigten Hoffnungen und teilte den Vertretern der Presse mit, **man dürfe „gewisse schwierige Probleme" nicht anrühren. Aber er werde der deutschen Regierung eine neue Methode vorschlagen.**

Wir kennen diese Methoden seit vielen Jahren und verzichten darum auch, auf diesen überflüssigen Diplomaten-Karneval näher einzugehen.

Ehrerbietig und achtungsvoll

Paris, 27. Sept. Die gesamte Pariser Presse steht heute im Zeichen der Berliner Reise Lavals und Briands. Die Blätter füllen ihre Spalten fast ausschließlich mit den Reiseberichten ihrer Sonderberichterstatter. Von der Ankunft des Zuges in Aachen bis zu seinem Eintreffen in Berlin finden die Blätter nur Worte der Anerkennung für die Haltung der deutschen Oeffentlichkeit, die als **ehrerbietig und achtungsvoll** bezeichnet wird. Die Begrüßung in Berlin wird als **enthusiastisch** beschrieben, wobei man besonders die äußerst herzliche Aufnahme unterstreicht, die die französischen Minister beim Reichskanzler fanden!

Das Coty-Blatt „Ami du Peuple" deutet die Hochrufe der Berliner Bevölkerung dahin, daß sie von den **Mitgliedern des republikanischen Reichsbanners** herrührten, die für den Empfang der Minister **extra herangezogen worden seien.**

Die Krise kompliziert sich

Allem Anschein nach hat sich England entschlossen, den Pfundwert auf etwa 4 Dollar herabzusetzen (Devalvation). Diese Maßnahme, die deutlich die bewußte Abkehr vom Goldstandart trägt, ruft überall größte Nervosität hervor, denn der Engländer beginnt bereits im Ausland die Konkurrenz zu unterbieten und damit Aufträge an sich zu reißen. Da ferner viele Währungen mit dem Pfund verknüpft sind, und die Exporteure meistens pr Pfund fakturierten, steht man begreiflicherweise vor Schwierigkeiten, die nicht ohne Verluste zu beseitigen sind.

Ganz neu ist, daß Holland im Begriff ist, in den Strudel hineingerissen zu werden, der vorher in andern Ländern durch die Goldabzüge entstanden ist. Da Holland größtenteils fremde Gelder aufgenommen hat, sieht es sich jetzt vor der Tatsache, daß diese Gelder stürmisch abgezogen werden. Damit im Zusammenhang muß die Goldabgabe stehen, die neuerdings in Newyork erfolgte in Höhe von 450 Millionen Mk., wenn auch unbekannt geblieben ist, wohin das Gold verschickt wurde.

Von Tag zu Tag verstricken und verwickeln sich die Geld- und Kreditprobleme zu einem Durcheinander, daß selbst die „Herren der Lage": Frankreich und Amerika von einer auffallenden Beunruhigung ergriffen werden. Es gewinnt den Anschein, als ob die „Sachverständigen", die den Irrsinn der Reparationen in die Welt gesetzt haben, jetzt von diesem modernen babylonischen Turmbau erschlagen werden.

Unsere Problemstellung: die deutschen Tribute sind es, die die Welt nicht mehr zur Ruhe kommen lassen, erweist sich als durchaus berechtigt.

Wir fordern stärker als zuvor die Auflösung dieser Frage, wir fordern stürmischer als je: Freiheit der deutschen Volkswirtschaft, um endlich unbelastet zu sein von den Wirrsalen der jüdisch-internationalen Hochfinanz!

Wir müssen es zahlen!

Das Völkerbundssekretariat kennt keine Not!

Genf, 25. Sept. Innerhalb der zahlreichen Beamtenschaft des Völkerbundssekretariats haben sich in den letzten Tagen schwere Kämpfe abgespielt, deren Ausgang zu einer ernsten Schädigung des Ansehens und der Stellung der Beamtenschaft des Völkerbundes geführt hat. In den Verhandlungen des Haushaltsausschusses war übereinstimmend von sämtlichen Regierungsvertretern in dringender Form schärfste Einschränkung der gesamten Ausgaben des Völkerbundes gefordert worden. Da eine rechtliche Handhabe hierfür nicht vorlag, war der Direktion ein derartiger Schritt nahegelegt worden. Es wurde daher übereinstimmend in allen Delegiertenkreisen damit gerechnet, daß der Generalsekretär des Völkerbundes allgemeinen Wünschen der Völkerbundsversammlung Rechnung tragen und als erster freiwillig auf einen Teil seiner hohen Repräsentationsspesen verzichten würde, um der Beamtenschaft ein gutes Beispiel zu geben. **Das steuerfreie Jahresgehalt des Generalsekretärs beträgt gegenwärtig 190.000 Goldfranken!! Der Generalsekretär ließ jedoch wissen, daß er nicht die Absicht habe, auch nur auf den geringsten Teil seiner Einkünfte zu verzichten!!** In einer bewegten Versammlung der Beamtenschaft wurde darauf mit 414 gegen 402 Stimmen beschlossen, **keinerlei auch noch so geringe Herabsetzung der Gehälter zuzulassen.**

Dieser Beschluß hat in den Delegiertenkreisen einen außerordentlich ungünstigen Eindruck gemacht, besonders da bekannt geworden ist, **daß die gesamte französische Beamtenschaft mit dem stellvertretenden Generalsekretär Avenol an der Spitze die Parole gegen jede Einschränkung der Gehälter ausgegeben und gegen die vorgeschlagene Herabsetzung gestimmt habe!!** Dagegen hat die gesamte deutsche Beamtenschaft geschlossen für die freiwillige Einschränkung der Gehälter gestimmt. Ein großer Teil der Beamtenschaft des Sekretariats hat nunmehr beschlossen, freiwillig und unabhängig von der Haltung des Generalsekretärs von sich aus auf einen Teil der Einkünfte zu verzichten.

Einwanderung nach Chile untersagt!

Berlin, 24. Sept. Nach einer Meldung Berliner Blätter aus Santiago de Chile, hat Chile mit Rücksicht auf den Stand der Arbeitslosigkeit jede Einwanderung untersagt.

Zweimal Brandstiftung im gleichen Gehöft

Der Terror der Kommunisten!

In dem Dorf Quitzow bei Perleberg brach nachts auf dem Gehöft des Bauernhofbesitzers Robert Schulz in kurzer Zeit zweimal hintereinander Feuer aus. In beiden Fällen handelt es sich um Brandstiftung. Die Täter werden unter den kommunistisch gesinnten Dorfeinwohnern vermutet.

In Quitzow hielten die Nationalsozialisten eine Versammlung ab, zu der der größte Teil der Dorfbewohner erschienen war. Kurz nach Beendigung der Versammlung ertönte Feueralarm. Auf dem Gehöft des Bauernhofbesitzers Robert Schulz stand der Kuhstall in Flammen. Die von der Versammlung kommenden Nationalsozialisten beteiligten sich vollzählig an den Löscharbeiten, und ihrer Hilfe ist es zu verdanken, daß das gesamte Vieh gerettet werden konnte.

Nachdem die Feuerwehren abgerückt waren, erscholl nach etwa einer Stunde erneuter Feueralarm. Wieder brannte es auf dem Hof des Schulz, der selbst an der Versammlung teilgenommen hatte. Diesmal stand eine neu erbaute massive Scheune, die bis unter das Dach mit Getreidevorräten vollgepfropft war, in Flammen. Die noch nicht in ihren Ortschaften angelangten Feuerwehren, die bei dem ersten Brand Hilfe geleistet hatten, mußten abermals um Unterstützung gebeten werden. Die Scheune wurde völlig eingeäschert. Auch bei dem zweiten Brande wurde einwandfrei festgestellt, daß das Feuer angelegt worden war.

Vor neun Monaten war eine Scheune des Schulz niedergebrannt. Damals handelte es sich um Brandstiftung. Der Täter, ein kommunistisch gesinnter Knecht des Bauern, wurde ermittelt und zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt, die er zur Zeit verbüßt. Schulz hatte in der letzten Zeit wiederholt **Drohbriefe erhalten, in denen ihm von kommunistischer Seite mitgeteilt wurde, daß man seinen Hof hochgehen lassen würde.** Auch in dem in Perleberg erscheinenden kommunistischen Organ waren ähnliche Drohungen gegen Schulz veröffentlicht worden. Die Landjägerei nimmt deshalb an, daß auch in diesem Falle die Brandstifter unter den Kommunisten zu suchen sind. Unter den Landwirten der Umgegend von Perleberg herrscht wegen der kommunistischen Terrorakte starke Erregung.

Kunstflieger stürzt in die Zuschauermenge

Drei Tote und 20 Verletzte.

Luzern, 27. September. Im Verlauf eines hier veranstalteten Flugtages ereignete sich am Sonntag nachmittag ein schwerer Unglücksfall. Der Oberleutnant Gerber-Zürich zeigte kurz vor der Landung dicht über den Köpfen des Publikums noch einige schwierige Figuren. Dabei kam er so tief, daß das Flugzeug einen Teil der Zuschauer streifte. Drei Personen wurden auf der Stelle getötet und etwa 20 Personen verletzt, davon vier schwer. Unter den Schwerverletzten befindet sich auch der Pilot.

Minister Klagges im Reichsrat

Zum Bevollmächtigten für den Reichsrat wurde, wie uns aus Berlin gemeldet wird, der neue braunschweigische Innenminister Klages ernannt.

Jungstahlhelmer Schulz †

Düsseldorf, 26. Sept. Der 18jährige Jungstahlhelmer Schulz, der nach einer Frick-Versammlung von roten Verbrechern aus dem Hinterhalt niedergeschossen wurde ist inzwischen seinen schweren Verletzungen erlegen, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Erschüttert stehen wir an der Bahre des Jungstahlhelmers, dessen jungem Leben durch die Mörderkugel ein so jähes Ende gesetzt wurde.

Wie lange noch darf Rot-Mord wüten?

Wie lange noch muß sich das deutsche Volk von Verbrechern terrorisieren lassen?

Ueberfall auf Hitler-Mädels

In Breslau wurden zwei 18- und 20jährige H.J.-Mädels auf der Anderssenstraße in der Nähe der Metallfabrik Ohles Erben von einem kommunistischen Rollkommando von etwa 10 Mann überfallen. Die Täter versuchten ihnen die Abzeichen zu entreißen, schlugen sie nieder und traten mit Füßen auf sie ein, so daß sie sich in ärztliche Behandlung begeben mußten. Bei der einen wurde ein starker Bluterguß im Auge und Knochenverletzung festgestellt. die andere erlitt schwere innere Verletzungen an den Beinen.

Die Polizei war nicht in der Nähe, so daß die roten Mordbanditen entkamen. Sie flüchteten in die anliegenden Häuser.

Sozialismus oder Sozial

Hundert Jahre ist es her, seit das Proletariat entstanden ist, und seit hundert Jahren ist dieser vierte Stand ausgestoßen aus der Gemeinschaft, und hundert Jahrelang ist er vom kapitalistischen Bürgertum ausgebeutet worden. Daran hat auch keine Sozialpolitik des Bürgertums oder der Sozialdemokratie etwas ändern können. Die Formen mögen sich geändert haben, der Inhalt ist derselbe gebl eben: Der Arbeiter blieb ausgestoßen und ausgebeutet. So mußte es bleiben, weil die Träger der Sozialpolitik nicht sozialistisch sondern sozial waren.

Die Frankfurter Zeitung, bekanntlich eine der maßgeblichen Vertreterinnen der sterbenden Wirtschaftsordnung, schreib einmal, **daß die Sozialpolitik im wesentlichen der Schmerzlinderung diene.** Es gibt kaum ein Wort, daß die Geisteshaltung der heute noch herrschenden Richtungen zur Lösung der sozialen Frage besser kennzeichnet: Man möchte den Schmerz lindern — nicht aber die Krankheit heilen. Aus Mitleid, aus Egoismus, um sich Unannehmlichkeiten zu ersparen, ist man sozial. Man fürchtet, der Kranke könne im Schmerz um sich schlagen, der Arbeiter könne die Fabriken zerstören, oder aber man hat Mitleid mit den „armen Proleten". **Sozial sein ist Humanität.** Humanität aber, sagt Stapel einmal, entspricht dem schlechten Gewissen. Und in der Tat, das Bürgertum fühlt, es habe wohl etwas gut zu machen. Und so wird man sozial, um sich und andere zu beruhigen.

Sozialgefühl ist seinem Wesen nach Individualismus. Sozialismus aber ist Universalismus. Sozialismus läßt sich nicht von Angst, Mitleid oder Humanität leiten, sondern **Sozialismus ist die staatspolitische Notwendigkeit der Wiedereingliederung des Arbeiterstandes in die Volksgemeinschaft.** — Wenn Sozialgefühl allerhöchstens ein moralisches Schuldgefühl bedeutet, so ist **Sozialismus eine sittliche Idee.** Eine sittliche Idee aber, **deren Verwirklichung gewisser wirtschaftlicher Voraussetzungen bedarf.** Es genügt nicht, daß man von Gemeinschaft und Volksverbundenheit schwärmt, sich aber weigert, die ökonomischen Voraussetzungen für die Beständigkeit einer solchen Gemeinschaft zu schaffen. Wie soll nun Gemeinschaft bestehen, wenn die Interessen der Arbeiterschaft denen der Unternehmer entgegengesetzt sind, und wie soll Volksverbundenheitsgefühl entstehen können, solange ein Teil des Volkes ausgeschlossen ist am Besitz der deutschen Scholle. **Und deshalb ist mit der ethischen Forderung des Sozialismus zugleich untrennbar eine wirtschaftliche verbunden:** Die Beseitigung der Spanne zwischen Kapital und Arbeit, die Einführung eines Wirtschaftssystemes, daß die Herrschaft der Arbeit garantiert: **Die Beseitigung des Kapitalismus.**

Nicht aber — und dies muß immer wieder betont werden, irgendwelche humanen Gefühle fordern dies, sondern die staatspolitische Erkenntnis, daß eine organische Gemeinschaft nicht bestehen kann, wenn ein Glied der Gemeinschaft außerhalb der Gemeinschaft steht. So bekommt der Gegensatz Sozialismus — sozial fundamentale Bedeutung. Dieser Gegensatz ist es, der uns von allen anderen Parteien trennt, keine andere politische Richtung war je sozialistisch, keine, und am allerwenigsten die Sozialdemokratie.

War schon die Lehre des Marxismus Falschheit, so wurde das Ende die SPD., darüber hinaus vollends zur Verräterei am Sozialismus. Niemals ist die SPD. bemüht gewesen, den Arbeiterstand zu befreien. Stets war sie in dem von Marx entfachten, vom Kapitalismus freudig aufgenommenen „Klassenkampf" darauf bedacht, die schlimmsten Nöte zu mildern. Nicht das Uebel an der Wurzel zu packen und den Kapitalismus zu beseitigen betrachtete man als Aufgabe, sondern nach den Worten des Genossen Bauer, es sich einigermaßen behaglich im Kapitalismus einzurichten. Was dies für die Bonzen bedeutet ist klar. **Für das aufstrebende Arbeitertum aber heißt das: Verdammt sein zu weiterem Proletarierleben,** verdammt sein, weiter ausgestoßen und ausgebeutet zu leben. Es ist sonderbar, welche Forderung der SPD. man sich auch ansieht: Niemals findet man eine sozialpolitische Forderung, die die Lage der Arbeiterschaft grundsätzlich bessert. Immer nur ist man bemüht, die ärgsten Schicksalsschläge dem Arbeiter erträglich zu machen. So antichambrieren die SPD.-Führer seit Monaten beim Kanzler, nicht um die Beseitigung der jedem Sozialismus ins Gesicht schlagenden Notverordnungen durchzusetzen, sondern um die „äußersten Härten der Notverordnung" zu beseitigen. Man denkt nicht daran, den Arbeiter von der auf ihn ruhenden Last zu befreien, man ist nur darauf bedacht, daß die Last nicht so groß wird, daß der Arbeiter unter ihr zusammenbricht.

Die bürgerlichen Parteien bewegen sich im allgemeinen in der Richtung der Frankfurter Zeitung: um sich Unannehmlichkeiten zu ersparen, um das Gewissen zu beruhigen, werden sie sozial. Und nur selten hindert man jemand, der sich ermannt zu der Forderung der Volksgemeinschaft. Aber keiner von diesen hat je den Mut besessen, die damit verbundene Forderung des Wirtschaftsneubaues auszusprechen. Und so blieb man unsozial, linderte den Schmerz, anstatt die Krankheit zu heilen.

Den Arbeiter und damit das deutsche Volk also rettet nur der Sozialismus, der Sozialismus auf nationaler Grundlage.

Aus Bremen Stadt und Staat

Nicht tragbare Gehaltsabkürzungen

Beamtengehälter in drei Raten.

Im Monat Oktober werden die Gehälter der Beamten und Angestellten im bremischen Staatsdienst in drei Raten ausgezahlt werden und zwar am 30. September, 10. und 20. Oktober. Bei der ersten Rate ist die Kürzung von 5 Prozent, die auf Grund der Verordnung des Senats vom 5. September 1931 beschlossen ist, in Rechnung gestellt worden. Die Kürzungen, die sich ergeben durch die Angleichung der bremischen Gehälter an die Reichssätze, werden erst bei den beiden weiteren Raten berücksichtigt. Zu der Angleichung der Besoldung der bremischen Beamten an die Reichssätze ist der Senat verpflichtet durch die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. Juni; die Verordnung hierzu hat der Senat am 26. September erlassen. Die Gehaltskürzung für die bremischen Beamten beträgt insgesamt für die Gruppen 1—18 im Durchschnitt 15—18 Prozent; für die Gruppe 19 (Baudirektoren, Landgerichtsdirektoren, Oberschulräte usw.) 20.50 Prozent; in Gruppe 20 (Die Präsidenten des Landgerichts, des Landesgesundheitsamts und der Polizei, die Räte des Senats usw.) 23 Prozent. Diese Abzüge erhöhen sich bei den ledigen Beamten um weitere 5 Prozent. — Die Senatorengehälter unterliegen einer Kürzung von 28 Prozent.

Die Seeleute im Kampf.

Vom Verband Deutscher Kapitäne und Schiffsoffiziere Bez. „Weser", wird geschrieben: „Am 22. und 23. September fanden in Bremen und Bremerhaven außerordentliche Mitgliederversammlungen statt, in denen zu den Forderungen des Verbandes Deutscher Reeder zum Mantel- und Heuertarif für die Seeschiffahrt Stellung genommen wurde. Der Vorsitzende gab einleitend einen Ueberblick über die Entwicklung der Weltwirtschaft und der deutschen Reederei. Er wies ferner auf die große Stellungslosigkeit unserer Berufskameraden hin. Die Forderungen des Reederverbandes zum Manteltarif wurden sodann bekanntgegeben. Trotzdem die Mitglieder die wirtschaftlich ernste Lage der deutschen Reederei nicht verkannten, sahen sie doch in diesen Forderungen eine Vernichtung ihrer ohnehin schon wirtschaftlich schwachen Existenz. In ernster Kundgebung, insbesondere in der von weit über 100 Kapitänen und Schiffsoffizieren besuchten Bremer Versammlung, brachten die Mitglieder einmütig ihren Abwehrwillen gegen die Zumutungen zum Ausdruck. Sie stellten sich geschlossen hinter ihren Verband Deutscher Kapitäne und Schiffsoffiziere, der in den Tarifverhandlungen den Willen der Mitglieder Ausdruck geben wird.

Wir kommen morgen mit einem grundsätzlichen Artikel auf die Notlage der Seeleute zurück.

Der ehemalige Kommunist

Karwane M. d. R.

spricht am Mittwoch in der Huckelriede über

Hakenkreuz oder Sowjetstern

Totale Mondfinsternis. Die günstigen Witterungsverhältnisse, die bei der letzten totalen Mondfinsternis am 1. April d. J. eine gute Beobachtung gestatteten, ermöglichten am vergangenen Sonnabend bei dem gleichen Anlaß eine in allen Phasen der totalen Verfinsterung vorzüglich klare Sicht. Während die erste Berührung mit dem Halbschatten der Erde kurz vor 18 Uhr dem unbewaffneten Auge nichts Auffälliges bot, zeigte sich bereits eine Stunde später mit dem Eintritt des Mondes in den Kernschatten der Erde das bekannte Bild der beginnenden Mondfinsternis, mit der bei zunehmender Größe des Schattens das eigentümliche, diesmal besonders nuancierte Farbenspiel einsetzte. Bei Beginn der Totalität gegen 20,06 Uhr gelangte das Schauspiel zu ungewöhnlich reizvoller Wirkung durch die Verfärbung der Mondoberfläche, wobei dieser, hinter einem dunkelgetönten Schleier völlig verborgen, und nur an den Rändern von helleren Farben umgeben, sich plastisch vom Nachthimmel abhob.

Polizeiliche Haussuchung bei der KPD. Am Sonnabendnachmittag gegen 2.30 wurde das rote Haus der KPD. polizeilich durchsucht. An dieser Aktion beteiligten sich 10 Kriminalbeamte und ein Wagen Schupo. Beschlagnahmt wurden Flugblätter und Akten. Verhaftungen wurden, soweit ersichtlich, nicht vorgenommen.

Vom Lastwagen überfahren und getötet

Wesermünde, 25. Sept. Beim Abspringen von einem Lastzug einer Fischmehlfabrik verunglückte zwischen Altenwalde und Wursterheide ein Mann. Als er beim Abbiegen des Wagens anscheinend seinen Irrtum in der Wegerichtung bemerkte, sprang er ab und geriet unter den Anhänger, dessen Hinterräder über ihn hinweggingen, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Die Persönlichkeit des Verunglückten konnte noch nicht festgestellt werden.

Für einen Schuß ein Jahr Gefängnis

Bremerhaven, 25. Sept. Der erheblich vorbestrafte 47 Jahre alte Schlosser Joh. Sbonsny wurde vom Schöffengericht Bremerhaven zu einem Jahr Gefängnis und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt. Der Angeklagte, der bereits an anderen Unruhen beteiligt war, und deshalb im Schnellverfahren abgeurteilt wurde, hatte anläßlich der Demonstration am Reichserwerbslosentag (15. Juli) auf dem Marktplatz in Bremerhaven inmitten der Ansammlung aus einem Revolver einen scharfen Schuß abgegeben und dadurch Menschenleben in Gefahr gebracht. Es konnte nicht einwandfrei festgestellt werden, ob der Revolverschuß den Beamten gegolten hatte oder in die Luft abgegeben worden war. Das Gericht erließ Haftbefehl gegen den Angeklagten und verfügte die Einziehung des Revolvers und der Munition.

SA marschiert im Stedinger Land

Es ist ein herrlicher Herbstmorgen. Noch ist es still in Bremens Straßen. Der gute Bürger schläft noch, schläft ohne Sorge in den Tag hinein, sowie auch in gewisser anderer Beziehung.

Manch einer mag erschrocken sein, als er den festen Gleichschritt hörte, der jetzt von allen Richtungen zur Kaiserbrücke zieht. Am Anleger beherrscht die braune Farbe das Bild.

SA. marschiert ins Stedingerland. Das Motorschiff „Bremen" füllt sich rasch, und pünktlich geht es mit flotten Märschen unseres Spielmannzuges weserabwärts. Vorbei an den verödet daliegenden Werken unserer Industrie. Mahnend klingt unser „Deutschland erwache" hell darüber hin in den Morgen. Und nun, nachdem wir Bremer Gebiet verlassen haben, weht unsere Hakenkreuzfahne über unserer Weser, zeigt, daß wir da sind, überall.

In prächtiger Stimmung kommen wir ans Ziel, Lemwerder. Aussteigen, antreten. SA., SAR. und SS. formieren sich zum Marsch.

In Altenesch empfängt uns die Standartenkapelle, die Kameraden aus Oldenburg und dem Stedingerland.

Voran unsere Standarte geht es in langem Zuge durch die Ortschaft. Am Kriegerdenkmal treten die Fahnen an, die Stürme gruppieren sich herum und nach kurzen, jedem aus dem Herzen gesprochenen Worten unseres Staf. Weber grüßen wir unsere gefallenen Helden. Unter den Klängen der Kapelle „Ich hatt' einen Kameraden" senken sich die Fahnen.

Weiter geht es zum Propagandamarsch durch die umliegenden Ortschaften. Etwa 1000 Mann SA. marschieren mit ihren Fahnen durch die Straßen, überall mit freudigem „Heil" empfangen. Auch manch scheler Blick trifft uns von Menschen, die verhetzt sind, die so verhetzt sind, daß ein Haufen Halbstarker in Lemwerder es wagt, einen einzelnt nebenher marschierenden SA.-Mann feige von hinten niederzuschlagen und unsere Marschkolonne mit Steinen und Knüppeln zu bewerfen. Daß diese Horde ihre nötige Abreibung bekam ist selbstverständlich und es ist zu erwarten, daß diese Gesellschaft sich eines Besseren besinnt. Sie mögen sich bedanken bei ihren Führern, die sich nicht entblöden, diese jungen Menschenkinder zu verhetzen.

Weiter ging es nach dieser Unterbrechung zurück nach Altenesch. Nach gut vierstündigem Marsch wurde der Morgen mit einem schneidigen Vorbeimarsch an dem Standartenführer beschlossen.

Herrlich schmeckte nun allen das wirklich gut und kräftig bereitgestellte Mittagessen, und mancher meldete sich zum Kapitulieren.

Bald, viel zu früh für uns, schmetterte das Signal zum Aufbruch durch den Ort. Nach kurzem Marsch ging es wieder zum Dampfer und in vorzüglicher Stimmung zurück nach Bremen.

Manchem SA.-Mann wurde dieser Tag wieder ein Erlebnis und manchem Bauern und Bürger eine ernste Mahnung, aber auch eine Gewißheit, daß Deutschland erwacht.

Bremens Polizei wehrt sich

Der Bund bremischer Schutzpolizeioffiziere e. V., Bremen, bittet uns unterm 26. Sept., von nachstehendem Schreiben an die Polizeikommission des Senates vom gleichen Tage Kenntnis zu nehmen. Wir geben das Schreiben nachstehend wieder:

„Der Bund hält es für seine Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, daß sich der Polizeibeamtenschaft — unteren wie oberen Beamten — anläßlich der neuen Gehaltskürzungsverordnung des Bremer Senates eine noch tiefergreifende Erregung bemächtigt hat, als dies bei der Juli-Notverordnung des Reiches bereits der Fall war. Die Erregung ist um so größer, als durch Zeitungsnachrichten bekannt geworden ist, daß in Oldenburg die Beamten der Ordnungspolizei bis zum **Polizeihauptmann einschl. aufwärts** durch die oldenburgische Notverordnung in ihren Gehältern keinen neuen Kürzungen ausgesetzt worden sind.

Mit tiefstem Bedauern muß der Bund auch feststellen, daß seine Bitten und Warnungen, die in der diesf. Eingabe vom 10. Sept. 1931 den zuständigen Stellen übermittelt worden sind, anscheinend ungehört verhallt sind. Die Polizeioffiziere sinken durch die neue Gehaltskürzung weiter um ein beträchtliches Stück unter das Niveau der Reichswehr, trotzdem in den Reichsrichtlinien ausdrücklich vorgeschrieben ist, daß in der Besoldung die Parallele mit den entsprechenden Dienstgraden der Reichswehr nicht verlassen werden darf. Von der Polizeibeamtenschaft wird erwartet, daß sie, ihrem Diensteide getreu, sich in den jetzigen und noch kommenden schweren Zeiten selbst mit ihrem Leben für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung einsetzt und häufig eine erhebliche Zahl an Ueberstunden im Dienst bleibt. Sie kann ihrer Pflicht aber nicht freudig wie sonst nachkommen, wenn sie, schon innerlich zermürbt durch schwere geldliche Einbußen bei der Beamtenbank, jetzt auch das Gefühl haben muß, ungerecht behandelt zu werden. Wir möchten dabei auch auf die Ermordung der beiden Polizeihauptleute in Berlin hinweisen, die wie ein Fanal gewirkt hat und deutlich zeigt, daß bei Unruhen die leitenden Polizeioffiziere auf der Straße — und das sind meist Polizeihauptleute — am schwersten der Gefahr ausgesetzt sind. Es darf also bei einer Herausnahme der Polizeibeamten aus der Notverordnung keinesfalls vor der Klasse der Hauptleute Halt gemacht werden. Diesf. Erachtens ist es sogar gerechtfertigt, auch die Klasse der Polizeimajore von einer neuen Gehaltskürzung auszuschließen.

Der Bund gibt sich der bestimmten Hoffnung hin, daß Sie, hochverehrter Herr Senator, jetzt noch in letzter Stunde die erforderlichen Schritte in der bezeichneten Richtung tun werden, um der verzweifelten Stimmung in der Polizeibeamtenschaft ein Ende zu machen.

Mit der Versicherung. . . . usw. usw.

gez. Forstmeyer, 1. Vorsitzender.

Diese Eingabe an die Polizeikommission des Senates kennzeichnet so richtig die Auswirkungen der Notverordnungen verschiedenen Grades. Es wäre an und für sich dem Schreiben nichts hinzuzufügen, aber wir wollen uns doch einmal grundsätzlich mit der Angelegenheit befassen. Wir betonen, daß wir hierbei durchaus nicht einem Stande besondere Vorteile verschaffen wollen oder vielleicht eigennützigen Interessen Vorschub zu leisten beabsichtigen. Im Gegenteil. Und wie auch aus weiteren Eingaben, die im Juli, August und September zum Teil an den Reichsinnenminister direkt und durch den Reichsverband Deutscher Polizeioffiziere eingereicht worden sind, hervorgeht, wollen die Polizeibeamten gar keine Sonderbevorzugung, sondern nur eine gerechte Beurteilung im Rahmen der Gesamtmaßnahmen zur Linderung der Not. Sie wollen gern ihren Teil tragen, ohne gegen den Staat sich aufzulehnen, aber sie können es nicht verstehen, daß gerade sie so hart betroffen werden.

Es steht fest, daß der Polizeibeamte den schwersten Dienst zurzeit überhaupt versieht, den ein Beamter in diesem Staat leistet. Und daß ihm hierfür der geringste Dank gezollt wird, ja daß zuweilen ihm kaum Verständnis dafür bei den in Frage kommenden Stellen, noch weniger bei der breiten Masse, entgegengebracht wird. Die politische Hochspannung, **die Aktivität des kommunistischen Untermenschentums, die immer rücksichtsloser vorgehenden kriminellen Verbrecher,** wie **überhaupt die steigende Demoralisierung unseres Volkes** verlangen vom Polizeibeamten ein ganz anderes Einsetzen seiner Persönlichkeit. Genügte vor dem Kriege schon der weiße Handschuh, um sich durchzusetzen, so muß heute der Beamte in den meisten Fällen alle ihm zu Gebote stehenden Mittel benutzen, um überhaupt sich zu behaupten und darf dann auch meist noch nicht das verbindliche Wesen verlieren, um nicht alles zu verderben.

Dabei darf man nicht vergessen, daß es auch nur Menschen sind, die sich bei allem etwas denken und ein Herz im Leibe haben.

Das heutige System hat aber absolut kein Verständnis für derartige Belange.

Es fehlt ihm an jeglichem Fingerspitzengefühl, denn sonst würde es nicht die Leute vor den Kopf stoßen, die besonders berufen sind, ihm seinen Thron zu halten und zu stützen. Und wir haben außerdem das Gefühl, daß die Polizei hier in Bremen noch ganz besonders eigenartig, um nicht mehr zu sagen, behandelt wird. Im Verlaufe der verflossenen Bürgerschaftssitzungen hatten wir des öfteren Gelegenheit, auch einige polizeitechnische Anträge zu stellen und dabei zu beobachten, wie die Regierungsparteien sich hierzu verhielten. Die meisten sind noch garnicht erledigt und fanden, soweit sie als „dringlich" gestellt wurden, keine Unterstützung für eine bevorzugte Behandlung. So stellten wir am 10. Juli folgenden Dringlichkeitsantrag:

„Die Bürgerschaft beschließt: Den Polizeibeamten der Exekutive bis zum Range des Oberleutnants einschließlich wird die auf Grund der letzten Notverordnung erfolgte Gehaltskürzung in Gestalt einer Zulage von 12 RM. zurückvergütet. Für die Beamten der Bereitschaft, die noch in Unterkunft und Verpflegung sind, ist an Stelle der Vergütung ein monatlicher Zuschuß von 4,50 RM. in Gestalt einer besseren Verpflegung zu gewähren.

Wenn man die bereits oben geschilderten Verhältnisse berücksichtigt und weiterhin bedenkt, daß zuweilen **bis 24 Std. Dienst gemacht** werden muß, daß vielfach ein Drittel der Dienstzeit nachts abgeleistet wird, wenn man weiterhin an den ständigen Straßendienst auf dem Pflaster denkt, sowie an die dauernd wechselnden Alarmstufen, so wird man verständlich finden, daß obiger Ausgleich der Juli-Notverordnung mehr als gerechtfertigt ist. Die Sozialdemokratie hatte für unseren Antrag nur folgende Phrasen übrig, die ihr Fraktionsführer Theil verzapfte:

> Ich kann der Bürgerschaft mitteilen, daß mir bekannt geworden ist, daß Verhandlungen über diesen Punkt schweben, und ich meine auch, daß solche Sachen nicht auf die Initiative der Bürgerschaft hin beschlossen werden sollten, sondern auf die Initiative der in Frage kommenden Behörden. Ich habe gehört, daß die Frage zurzeit bei der Polizeidirektion ventiliert wird, und daß die Verhandlungen binnen kurzem zu einem für die Beamten günstigen Abschluß führen dürften. Es ist also **unnötig,** durch **die Dringlichkeit etwas zu bekräftigen, was sowieso** getan wird.

Den Ausgang der Verhandlungen, die Initiative der in Frage kommenden Behörden und den „günstigen Abschluß" lernten ja die Polizeibeamten in der Zwischenzeit am eigenen Leibe kennen. Es war ja auch dem in Frage kommenden Referenten für Polizeifragen der sozialdemokratischen Fraktion, Herrn Noch, viel wichtiger, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, wie er den richtigen Dreh fände, zum 1. 9. Polizeimeister zu werden, ohne sich allzu sehr zu kompromittieren, als seinen Kollegen eine wirksame Hilfe zu verschaffen.

Wir rufen weiterhin ins Gedächtnis zurück, daß die gesamte Ordnungspolizei auch **für Dienstfahrten das Straßenbahngeld selbst bezahlen muß** (hierüber schwebt gleichfalls ein Antrag von uns), daß durch eine sehr eigenartig gehandhabte Verfügung über die Verheiratung von Polizeibeamten seitens des verflossenen Sozi-Polizeisenators Deichmann ebenfalls unnötige Härten entstanden sind, und man wird verstehen, daß man beim besten Willen nicht auf Verständnis stoßen kann, wenn von den Polizeibeamten aus dem allgemeinen Rahmen herausragende Opfer verlangt werden. Auf der anderen Seite zeigt aber die in Frage kommende Behörde durchaus nicht, daß sie von sich aus durch entsprechende Maßnahmen, die nicht persönliche Opfer von den Polizeibeamten verlangen, gewillt ist, sparsam und kaufmännisch zu wirtschaften. So trägt sie sich immer noch mit dem Gedanken, die **jetzige grüne Uniform** verschwinden **zu lassen** und dafür eine bedeutend kostspieligere einzuführen. Es mag

wohl etwas für sich haben, wenn man aus Traditionsgefühl, Prestigefragen und ähnlichem, was doch sonst nicht bei diesem System zu finden ist, schwarze Mäntel, rote Aufschläge und Mützenbänder einführen will. Aber das entspricht nicht im geringsten der heutigen ernsten Lage. Diese kostspieligen Experimente sollte man bei solchen Notzeiten unterlassen, zumal ja diese neue Bekleidung erwiesenermaßen nicht die praktischste ist. Und wenn man andererseits bedenkt, daß auf dem Wege der Notverordnung parteipolitische Ziele übler Art erreicht werden sollen . . . ja, dann denkt man sich eben den nicht notverordneten Teil.

Bekanntlich wird ja die **berittene Staffel** um 25 Prozent vermindert. In der Bürgerschaft führten wir ausführlich aus, was die berittene Staffel unter den heutigen Verhältnissen bedeutet und wir wollen es uns jetzt ersparen. Es ist aber bezeichnend, daß sich die **volksparteilichen Senatoren** den marxistischen Kollegen beugen und hier ihre rein parteipolitischen Wünsche befriedigen. Es wird sich noch einmal bestimmt diese Kurzsichtigkeit rächen, dann mögen sich die Herren aber bei sich selbst bedanken.

Wir werden auf alle diese Dinge noch in der Bürgerschaft zu sprechen kommen und uns entsprechende Anträge vorbehalten bezw. die bereits gestellten ergänzen. O. P.

Keine Frachterleichterung für ostfriesisches Vieh.

Aurich, 25. Sept. Wie die Regierungspressestelle in Aurich mitteilt, hat der preußische Landwirtschaftsminister auf einen Antrag des Vereins ostfriesischer Stammviehzüchter betreffend Frachterleichterung für ostfriesisches Vieh der Auffassung Ausdruck gegeben, daß den ostfriesischen Züchtern auf frachttariflichem Gebiete nicht geholfen werden könne. Er befindet sich in Uebereinstimmung mit der preußischen Hauptlandwirtschaftskammer, die sich zu dem Antrag gutachtlich geäußert und dabei darauf hingewiesen hat, daß durch die Gewährung der für Ostpreußen zugestandenen Frachtherabsetzung für andere Zuchtgebiete die dadurch für Ostpreußen beabsichtigte Hilfe aufgehoben würde.

Internationaler Meisterringer-Wettstreit im Alkazar

39. Tag, Mittwoch. Grüneisen gegen Rogenbaum: Sieger Grüneisen durch Hüftschwung mit Kopfgriff in 20,10 Min. Bahn gegen Kawan: Unentschieden. Der Herausforderungskampf zwischen Jirsa und Schwarz jr. konnte leider nicht stattfinden, da Schwarz jr. wegen eines riesigen Furunkels kampfunfähig war. Der letzte Kampf zwischen Lobmayer und Steurs endete mit einem Siege Steurs durch Armschulterschwung nach 1 Std. 20,30 Min.

40. Tag, Donnerstag. Rogenbaum gegen Reglin: Sieger Reglin durch Doppelnelson in 4,30 Min. Die Wiederaufnahme des anullierten Kampfes Jirsa gegen Kawan zeigte beide Gegner in großer Form. Kawan gelang es nach 39,50 Min., Doppelnelson anzubringen und Jirsa gab, nachdem eine Gegenwehr vergeblich schien, durch dreimaliges Klopfen den Kampf auf. Steurs gegen Grüneisen: Sieger Steurs durch Armschulterschwung nach 1 Std. 11,35 Min. Bahn gegen Leskinowic: Der Kampf wurde wegen Eintritts der Polizeistunde abgebrochen.

Ein Wort an Eltern und Lehrerschaft

Der Zusammenbruch der Beamtenbank, der Osterloh-Skandal und die letzte Notverordnung, die der Lehrerschaft den unglaublichen Abbau der Gehälter gebracht hat, — alles ist nur die notwendige Folge des marxistischen Kurses, den die Lehrerschaft seit 1918 gesteuert hat. Korruption und Niederlagen jeder Art auf der ganzen Linie! Wem nun noch nicht die Augen aufgegangen sind über die wahren Ursachen der moralischen und finanziellen Katastrophe in der Lehrerschaft, dem ist einfach nicht zu helfen. Was haben die Lehrerschaft, dem ist einfach nicht zu helfen. Was haben die marxistischen Schreier im Bremer Lehrerverein den Mitgliedern und der bremischen Schule gebracht? Das Ansehen der Lehrerschaft ist unglaublich gesunken. Selbst andere Beamtenkategorien rücken energisch von der Lehrerschaft ab. Ist das zum Verwundern? Ich kenne eine ganze Anzahl bremischer Lehrer, die sich heute einfach schämen, einem Stande anzugehören, der solch unerhörte Korruptionserscheinungen gezeitigt hat. Seit 1918 haben die „Führer" der bremischen Lehrerschaft den Anschluß nach unten gesucht und — gefunden. Natürlich, wer immer in einen Abgrund hinunterstarrt, darf sich nicht wundern, wenn ihn dieser schließlich verschlingt. Und die Lehrerschaft ist gestürzt, intellektuell, moralisch und zum Schluß auch noch finanziell, trotz den Versicherungen all jener Maulhelden, die Schule und Elternteile mit ihren verlogenen marxistischen Schlagworten einzufangen wußten. Hoffentlich rafft sich jetzt die bremische Lehrerschaft endlich auf zu einer scharfen und gründlichen Abkehr von ihren unseligen Verführern.

Die Sache liegt doch so: Entweder siegt das Hakenkreuz oder wir schlittern weiter hinein in den Bolschewismus, dem selbstverständlichen Endziel des Marxismus. Gib dem Teufel den kleinen Finger und er nimmt den ganzen Menschen. So auch auf politischem Gebiet. Diejenigen Marxisten, die heute noch mit gut gespielter Entrüstung vom Kommunismus abrücken, sind sich wohl nicht klar darüber, daß kein Wesensunterschied zwischen ihrer Lehre und der des Kommunismus besteht, nur gradweise unterscheiden sich die aus taktischen Gründen heute noch feindlichen Brüder. Deutschland hat keine andere Wahl: Entweder fallen auch wir dem Chaos wie in Rußland anheim oder es siegt die einzige nationale Partei, die in einem ungewöhnlichen Siegeszuge und unter Einsetzung aller Energie und selbst des Lebens für den Wiederaufstieg unseres Vaterlandes eintritt.

Wohin der konsequente Marxismus gerade in kultureller Beziehung führt, zeigt eine soeben erschienene Schrift von Hans Schemm „Mutter oder Genossin?" (Kulturverlag Bayreuth, Preis 85 Pf.). Die Schrift muß jedem Lehrer die Augen darüber öffnen, wohin der Weg der deutschen Schule seit 1918 führt. Schemms Schrift ist eine Tat. Der Verfasser tritt mit seinen eigenen Ansichten absichtlich stark zurück, bringt aber dafür eine solche Fülle schlagenden Materials über Ziele und Methoden des Bolschewismus in Rußland und Deutschland, daß selbst dem Begriffsstutzigsten die Augen aufgehen müssen. Und es handelt sich bei dem Schemmschen Material nicht etwa um gelegentliche Entgleisungen und Auswüchse, sondern um Ziele und Aktionen, zu denen der Bolschewismus notwendig kommen muß, wenn er seinen Grundsätzen gemäß sich verwirklichen will.

Wer ein Herz für die Lehrerschaft hat oder wer als Vater oder Mutter Interesse hat an dem Geist unseres heute so tief gesunkenen Schulwesens, der kann nichts Wirkungsvolleres tun, als mithelfen, daß die Schemmsche Broschüre „Mutter oder Genossin?" in alle Kreise dringt.

41. Tag, Freitag. Steurs gegen Kawan: Unentschieden. Reglin gegen Grüneisen: Unentschieden. Im nächsten Kampf sahen wir Jirsa gegen Bahn im Entscheidungskampf. Gleich von Anfang an war der Kampf roh und in jeder Beziehung beiderseits regelwidrig. Oft war es so, als wenn die beiden Lim Freistil ringen wollten, und es kostete größte Energie der Kampfleitung, um diesem unfairen Kampfe Einhalt zu gebieten. Es war eine regelrechte Schlägerei zwischen den beiden; nach Angaben Bahns sollte das eine Abrechnung dafür sein, daß Jirsa ihn (Bahn) vor Jahren in Argentinien als Kommunisten verhaften ließ. Mit je drei Verwarnungen wurde der Kampf abgebrochen und beide disqualifiziert. Für jeden wurde damit eine halbe Niederlage gebucht. Der letzte Kampf Leskinowic gegen Lobmayer endete mit einem Siege Leskinowic' nach 53,40 Min. durch Armzug am Boden.

42. Tag, Sonnabend. Steurs gegen Leskinowic: Unentschieden. Steurs erhält wegen unfairen Kampfes zwei Verwarnungen und 20 M. Geldstrafe. Lobmayer gegen Reglin: Unentschieden. Kawan gegen Bahn: Sieger Kawan nach 35,20 Min. durch Kopfgriff mit Ueberroller. Den interessantesten Kampf lieferten Jirsa gegen Nissen im Freistil. Jirsa hatte 100 M. deponiert für den Fall, daß Nissen drei Runden zu je 7 Min. gegen ihn standhalte. Nissen zeigte, daß er Jirsa technisch überlegen war und erhielt somit die 100 M. -g-

RUNDFUNK-PROGRAMM

Montag, den 28. September

Der Rundfunksender Bremen wird Montag, 28. Sept., von 7 bis voraussichtlich 17 Uhr zwecks Ueberholung und Ausbesserung der Antennenanlage außer Betrieb gesetzt.

Deutsche Jugendstunde — 17.00 Bücherbörse — 17.25 Stunde der Werktätigen — 17.45 Buntes Programm — 18.30 Vorlesungen — 18.55 Gespräch — 19.25 Wetter — 19.30 Neue Schallplatten — 20.00 Man lacht über Wagner — 20.45 Johann-Mattheson-Gedenken — 21.45 In einer Pause Nachrichten — 22.05 Aktuelles — 22.15 Konzert aus Hamburg. 23.00 Sendestille.

Herausgeber Kurt Thiele, M. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hanskarl von Scharf; für den Anzeigenteil C. A. Güldner; sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. — Druck: Kempe & Co. Druckereigesellschaft m. b. H. Bremen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie zur Rücksendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

STADTTHEATER

Heute
Montag 20 Uhr geschl. Vorstellung
Dienstag 20 Uhr, 27. Abonnem.-Vorstell. Gastspiel Willi Auerbach
Viktoria und ihr Husar
Mittwoch 20 Uhr, 28. Abonnem.-Vorstellg.
Über allen Zauber Liebe
Donnerstag 20 Uhr Uhr, 29. Abonnem.-V. **Schön ist die Welt**
Freitag 20 Uhr, 30. Abonnem.-Vorstellnng **Der Mantel** von G. Puccini, **Polowetzer Tänze, Giani Schicchi** von G. Puccini.
Sonnabend, 20 Uhr, 31. Abonn.-Vorstell. **La Traviata** von G. Verdi
Sonntag, nachmittags 15 Uhr: **Ein Walzertraum**
19.30 Uhr: 32. Abonnements-Vorstellung **Carmen**
Montag geschl. Vorstellung.
Dienstag, 20 Uhr, 33. Abonn.-Vorstellung **Jugend zu zweit.**

Schauspielhaus

Heute
Montag, 3. Deutsche Bühne
Dienstag: 3. Sonderab. „Dienstag"
Mittw.: 3. Sonderab. „Mittwoch"
Deutschland
Die Fahrt des U-Boots 116
Freitag 4. Kammerspiel „Freitag"
3. große Uraufführung
Schon erworben von 45 deutschen Bühnen
Die Melodie des Geldes
Komödie von Dion Titheradge.
Auch für diese Aufführung ist schon die Aufmerksamkeit aller deutschen Theater wied. auf Bremen gerichtet

Einige Frauen
durchaus zuverlässige, zum
Austragen der Zeitung gesucht
Meldungen Dienstag 10—11 Uhr
Verlag der B N Z Bahnhofstr. 26

4-5 Zimmer-Wohnung
mit Bad und Zubehör per 1. 11. ges.
Angebote unter V 182

Stellenangebote

Buchhalterin
welche auch Schreibmaschine beherrscht, zum sofortigen Antritt gesucht. Schriftl. Ang. m. Zeugnissen unter H 194 a. d. Exp. d. Bl.

Stellengesuche

Gebildetes jg. Mädchen
(Fröblerin) in sämtlichen Hausarbeit. und Kochen erfahren s. Stellung evt. für 1/2 od. 3/4 Tag. Ang. bitte an **Friedel Absolon Simonstr. 7**

Verschiedenes

Offenbacher Koffer und Lederwaren Rudolf Tams
Ostertorsteinweg 90—90a

Unterricht im **Zuschneiden u. Nähen** für Hausbedarf Tages- u. Abendkurse **Frau Peters** Römerstr 25

sämtliche **Malerarbeiten** sauber und preiswert **Carl Bartels** Vagtstraße 7

Werbt für die B N Z

Internationaler Meisterringer-Wettstreit
im **Grinzing-Garten** oder **Alkazar**
Heute Montag, den 28. September, ringen:
Catch as catch can bis zur Entscheidung!
Antonio Jirsa, Argentinien gegen Paul Bahn, Bremen
Entscheidungskampf:
H. Reglin, Lübeck gegen Rudolf Grüneisen, Schweiz
Hans Schwarz jr., München gegen Steurs, Belgien
Hans Kawan, Wien gegen H. Lobmayer, Steiermark

Bis 9 Uhr morgens Anzeigen-Annahme für die B. N. Z.

Vorschriftsmäßige Ausrüstung ist Voraussetzung für Teilnahme!

SA-Männer bestellt Eure Ausrüstung für das am 18. Oktober stattfindende SA-Treffen in Braunschweig schon heute, um eine pünktliche Lieferung zu gewährleisten.

Zeugmeisterei Nord, Hannover
Hildesheimerstr. 46 - Fernruf 82754
Postscheckkonto: Hannover 16 036
Auslieferungsstelle für den Bezirk Bremen:
NS-Waren-Vertrieb Bremen, Pelzerstr. 13

Mitgliederversammlung
am Dienstag, 29. September, abends 20.30 Uhr im
gr. Centralhallen-Saal
Es werden unter anderem neue Mitgliedsbücher ausgegeben.
Eintritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte.

Werktätige, Erwerbslose!
Der ehemalige Kommunist
Karwane M. d. R.
spricht über
Hakenkreuz oder Sowjetstern
Mittwoch, 30. Sept. 1931 20.30 Uhr in der
Massenversammlung
im Saal „Huckelriede"
Eintritt 30 Pfg. Erwerbslose 10 Pfg.